



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

+++ Spar-Arie +++ Elphi +++ HafenCity +++ Rothenburgsort +++ Schulkamp +++ Sport für alle +++ HSH +++

Sagt Schwarz-Grün ab jetzt die Wahrheit?



Ole von Beust und Carsten Frigge drohen Spar-Arie an

Der erste Bürgermeister Ole von Beust und der »neue« Hamburger Finanzsenator Carsten Frigge, dessen Wohnung in Harvestehude kürzlich auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Mainz im Zusammenhang mit der Finanzaffäre der rheinland-pfälzischen CDU wegen des Anfangsverdachts der Beihilfe zur Untreue durchsucht wurde, haben am 27. Mai vor der Presse wegen der dramatischen Finanzsituation der Stadt einen »radikalen Sparkurs« angekündigt. Konkrete Sparvorschläge sollen allerdings erst auf einer Haushaltsklausur im Juni vereinbart und dann beschlossen werden.

Dass damit die »volle Wahrheit« der Haushaltslage der Hansestadt auf den Tisch kommt, ist zu begrüßen. Zugleich heißt das aber auch, dass offensichtlich jahrelang gelogen wurde. Ich habe die CDU-Märchenstunde über ausgeglichene Haushalte nie geglaubt und es wird nach Vorlage der neuen Zahlen zu prüfen sein, ob das mit der »vollen Wahrheit« wirklich ernst gemeint ist und die zahlreichen Schattenhaushalte einbezogen werden. Ich befürchte eher, dass der Senat mit seinem späten Geständnis vor allem eine lange Zeit der Grausamkeiten einläuten will.

Schon im November 2009 hatte der Senat Konsolidierungsmaßnahmen in der Größenordnung von 1,15 Mrd. Euro bis 2013 angekündigt, um die Zinsen der wegen der Steuerausfälle von sechs Mrd. Euro notwendigen Kreditaufnahme, die für die nächsten Jahre erwarteten Verluste bei den öffentlichen Unternehmen sowie krisenbedingte Mehrausgaben vor allem im Sozialbereich zu kompensieren. Hinzu kommen laut Steuerschätzung vom Mai 2010 jetzt noch einmal Steuermindereinnahmen von insgesamt 154 Mio. Euro bis 2013 und Mehrbelastungen aus der beschlossenen Schulreform.

In den bereits bisher (also vor dem Eingeständnis, dass der Senat in Sachen Finanzen nicht die Wahrheit gesagt und in vieler Hinsicht schlecht gewirtschaftet hat) umgesetzten (Kita-Gebühren), konkretisierten bzw. angekündigten (Konsolidierungsbeiträge der Bezirke) Sparmaßnahmen ist allerdings kein Konzept zu erkennen.

Die Vorstellung, man könne sich mit drastischen Gebührenerhöhungen, Beschneidungen der Leistungen für die BürgerInnen und Personalabbau bzw. Kürzungen bei den Einkommen der Beschäftigten aus der Krise herauskatapultieren, ist illusionär. Erreicht wird so nicht nur eine Vertiefung der sozialen Spaltung in der Stadt, sondern auch eine Beschädigung

der Hamburger Wirtschaft mit der Folge weiter sinkender Steuereinnahmen.

DIE LINKE fordert statt konzeptionsloser Sparpolitik neue Prioritäten bei den Ausgaben. Dazu gehört im ersten Schritt die Überprüfung aller Investitionsvorhaben, insbesondere der für Leuchtturmprojekte (dass die Androhung gravierender Einsparungen zu Lasten der Menschen einen Tag vor dem »Richtfest« des Geldversenkungsprojektes Nr. 1 Elbphilharmonie erfolgte, entbehrt nicht eines gewissen Zynismus). Durch Umschichtung lassen sich Mittel freisetzen für strukturpolitische Maßnahmen, um Hamburg in die Richtung einer solidarischen Dienstleistungsökonomie zu entwickeln. Durch einen solchen Umbau werden die regionalen Wirtschaftskreisläufe gestärkt, was zu steigenden Steuereinnahmen führt. Kurzfristig kann Hamburg seine Einnahmesituation durch eine deutliche Effektivierung des Steuervollzugs verbessern. Ein Ausweg aus dem strukturellen Defizit und damit aus der Schuldenfalle unterstellt allerdings drastische Veränderung der Steuergesetzgebung auf Bundesebene. Allein durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer könnten die Einnahmen der Stadt jährlich um 1 Mrd. Euro verbessert werden.

Eine Elbphi reicht nicht für alle!



Während des Richtfestes verteilter Schuldschein (AG Elphi der RAS-Im)

Mit einem Fundraising-Treffen zum Eintrittspreis von 500 Euro, einem Konzert, dem eigentlichen Richtfest (am 28. Mai) und einem Quasi-Tag der offenen Tür (am 29. Mai) versuchte der Senat, die Elbphilharmonie aus den Negativschlagzeilen zu bekommen. Der Senat feiert also sein Millionengrab, doch es gibt nichts zu feiern. Die Verschleuderung von öffentlichen Mitteln von ursprünglich 77 Mio. auf gegenwärtig mindestens 341 Mio. Euro, das Verheimlichen der wahren Kosten und Risiken und zuletzt die lapidare Meldung über etliche Baufehler

unterstreichen nachdrücklich, dass die Elphi ein von Großmannssucht und politischem Wahlkalkül geprägtes, gigantisches Fehlprojekt ist. Das wird auch nach der Eröffnung, deren Termin ebenfalls noch in den Sternen steht, weitergehen, wenn die Freie und Hansestadt jährlich zig-Millionen zum laufenden Betrieb zuschießen muss, denn der unterstellte zusätzliche Bedarf für einen Großen Konzertsaal mit ca. 2.150 Plätzen gegenüber dem Großen Saal in der Musikhalle mit seinen 1.897 Plätzen ist ebenfalls unrealistisch angesetzt.



28.5.2010: Mitglieder der AG Elphi der RAS-Imi demonstrieren

In die Richtfestfeierlichkeiten mischte sich die »Arbeitsgruppe Elbphilharmonie im Netzwerk Recht auf Stadt« mit der Forderung ein: »Eine Elbphilharmonie reicht nicht für alle!« Während von Elbseite her ein kleiner Dampfer sich anschickte, die Elphi zu entern, skandierten an Land hinter dem Sicherheitskordon die verkleideten StadtaktivistInnen »Wir sind Römer, superreiche Römer – wir schlafen in Palästen und bauen die Elbphilharmonie!« Sie wollten damit zeigen, wie dicht »Rom am Abgrund« steht. Hunderte in die Luft geworfene 350-Millionen-Euro-Scheine verwiesen auf den Umgang des Senats mit dem Geld der BürgerInnen. Dazu erklärte die Gruppe: »Wer wollte und vor allem wer braucht eigentlich so ein Objekt? Wer wird sich die Eintrittskarte erlauben können? Wie viele öffentliche Gelder sollen noch ausgegeben werden für die wenigen NutzerInnen? Was für eine dekadente Stadtentwicklung ist das überhaupt? Eine Hafen-City, die mit »Millionärsturm« und Elbphilharmonie die Reichen befriedigt, während immer mehr Menschen in dieser Stadt Schwierigkeiten haben, den immer teureren Alltag zu finanzieren? Die

vergeblich nach (nicht vorhandenen) Wohnungen Ausschau halten? Die als Ein-Euro-Kräfte oder mit einem Minilohn darben müssen, der nicht einmal zum Lebensunterhalt reicht?«

Auch der »Tag der offenen Tür« mit seinen ca. 5.000 BesucherInnen war so ganz »offen« dann doch nicht: Eine kleine Kundgebung auf der »Plaza« wurde schnell beendet, das Transparent beschlagnahmt und die 350-Millionen-Euro-Scheine zusammengekehrt.

Die politisch Verantwortlichen für das Desaster Elbphilharmonie sind noch nicht klar und konkret genug benannt, geschweige denn zur Rechenschaft gezogen. Deshalb werden Norbert Hackbusch als Haupt- und ich als Stellvertreter in dem von der Hamburgischen Bürgerschaft eingesetzten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss auf weitere Aufklärung drängen. Die Intensität des Aufklärungsbedarfs bei den anderen Fraktionen – von der CDU über die GAL bis zur inzwischen oppositionellen SPD – muss sich allerdings erst noch erweisen, schließlich hatten diese das Giga-Projekt zunächst unisono bejaht und gebubelt.

Masterplan für die östliche HafenCity

Am 26. Mai hat der Senat seinen »Masterplan für die östliche HafenCity« vorgestellt. Den Entwurf, in dem nach zehnjährigen Erfahrungen einige Anpassungen gegenüber den ursprünglichen Plänen vorgenommen sind, feiern die Verantwortlichen als konsequente Erweiterung der »positiven Entwicklungen« im westlichen Areal und als großen Schritt in Richtung auf eine urbane Innenstadt. Die »HafenCity Hamburg GmbH« sieht – wen wundert – den bisher errichteten Teil mit seinen Büroschluchten und durchaus umstrittener

Architektur bereits als »einen lebendigen Ort«. Hans-Detlef Roock, der stadtentwicklungspolitische Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion, jubelt nun auch den »zukunftsweisenden Entwurf« für den östlichen Abschnitt hoch, schließlich habe man »mit den Flächen die einmalige Chance, Hamburg noch attraktiver zu gestalten«.

Die Kritik an dem bisher entstandenen westlichen Quartier – zu teurer Grund und Boden, zu viel Büroflächen, zu wenig bezahlbare Wohnungen, zu viele Leuchtturmprojekte



Umstrittene Architektur in der Hafencity

und umstrittene Architektur - wurde im neuen Masterplan nur in Mini-Dosierungen berücksichtigt, eben »angepasst«. So sollen im noch unbebauten Bereich statt der vorgesehenen 2.500 nunmehr 2.800 Wohnungen »mit hohen ökologischen Standards« entstehen (teilweise in bis zu 150 m hohen Hochhäusern in der Nähe der stark befahrenen Elbbrücken). 300 Wohnungen mehr wäre ja ein Schritt, wenn denn insgesamt günstige oder gar Sozialwohnungen entstehen würden. Aber nicht eine der letzteren ist vorgesehen, stattdessen solche mit teurem »superökologischen Passivhausstandard« (Hamburger Morgenpost vom 27.5.2010).

Es ist also eine Täuschung der Öffentlichkeit, wenn Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk davon spricht, es entstünden auch Mietwohnungen im »einstelligen Euro-Bereich« (Hamburger Abendblatt vom 27.5.2010) - es dürften - wenn überhaupt - höchstens ein paar Dutzend von den insgesamt 5.800 Wohnungen (davon die bereits gebauten 3.000 im Westen), in denen zukünftig ca. 15.000 Menschen leben werden, sein. Dafür sollen insgesamt 45.000 Arbeitsplätze hier entstehen oder hinverlagert werden. Von einem gemischten Quartier, das alle Bevölkerungsschichten berücksichtigt, kann keine Rede sein. Der östliche Teil der Hafencity »wird ein super Viertel für die Mittelschicht, für Familien und Senioren, die wieder in die Stadt ziehen wollen. Arme müssen aber weiter draußen bleiben.« (Hamburger Morgenpost vom 27.5.2010)

Der neue Masterplan sieht u.a. ein »Kreativ- und Kulturquartier« im ehemaligen Oberhafen und als erste Grünfläche den Lohsepark vor. In diesem wird auch der »Gedenkort Hannoverscher Bahnhof« entstehen, ein integriertes Dokumentationszentrum, das auf dem Gelände des ehemaligen Deportationsbahnhofs an das Schicksal von mindestens 7.692 Juden, Sinti und Roma während der Nazi-Zeit erinnern soll. Jede Gedenkstätte mehr ist zu begrüßen. Allerdings ist bei deren Planung nicht beachtet worden, dass vom Hannoverschen Bahn-

hof zwar Jüdinnen und Juden deportiert wurden, nicht jedoch Sinti und Roma. Diese mussten ihren Weg in die Vernichtungslager vom ehemaligen Fruchtschuppen C aus antreten, einem Gelände in der Hafencity, das bereits verplant, aber noch nicht bebaut ist. Es wäre durchaus angemessen gewesen, eine weitere würdige Erinnerungsstätte für die deportierten Roma und Sinti zu schaffen.

Vor allem sollen laut neuem Masterplan immer noch mehr Gewerbe- und vor allem Büroraum geschaffen werden. Warum trotz der seit langem in Hamburg leer stehenden Büroräume in der Dimension von etwa einer Million Quadratmeter immer noch zwei mal so viel Fläche für Büro- und Gewerbeneubau in der östlichen Hafencity wie für Wohnraum vorgesehen ist, bleibt ein Rätsel. Schon jetzt gibt es Schwierigkeiten, die Gewerbeimmobilien in der westlichen Hafencity zu vermieten.

Leider hat sich die Freie und Hansestadt Hamburg auf eine aberwitzige Vertragskonstruktion eingelassen. Im Jahr 2005 wurde im Grundstückskaufvertrag mit dem Investorenkonsortium vereinbart, dass die Stadt einerseits für das Areal gut 150 Mio. Euro erhält. Andererseits verpflichtete sie sich, bei etwaigem Leerstand bis zu 50.000 Quadratmeter zum Preis von jeweils 15,84 Euro in den neu errichteten Bürogebäuden für mindestens 15 Jahre anzumieten. Nun ist genau dieser Fall im Überseequartier eingetreten. Es fehlen die privaten Interessenten, also ist die Stadt im Wort, ganze Behörden in die Hafencity zwangsweise umzuquartieren. Erst sollte das Bezirksamt Hamburg-Mitte vom Klosterwall dorthin ziehen und dort fast das Doppelte an Miete zahlen. Nachdem das auf Widerstand stieß, soll nun die Wirtschaftsbehörde vom Alten Steinweg ins Überseequartier wechseln, in die frei werdenden Räume in der Neustadt dafür das Bezirksamt Mitte umziehen.

Dieser kaschierte Ringtausch hat für die Hamburger SteuerzahlerInnen seinen Preis:

- die Behörde für Wirtschaft und Arbeit zahlt bisher 10,20 Euro/qm, in der Hafencity werden es 15,85 Euro/qm sein; die Mietbelastungen steigen von 1,9 auf 3,0 Mio. Euro;
- das Bezirksamt Mitte entrichtet am Klosterwall 8,23 Euro/qm, im Alten Steinweg werden es künftig 10,20 Euro/qm sein; die jährliche Miete steigt von 3,2 auf 3,9 Mio. Euro;
- auch die städtischen Marketing-Unternehmen müssen umziehen. Sie zahlten bisher 11,27 Euro/qm, in der Hafencity

werden es 15,84 Euro/qm sein; damit wachsen die Mietausgaben von 0,9 auf 1,2 Mio. Euro. Summiert man alleine diese Zwangsumzüge, dann muss die Stadt demnächst gut zwei Millionen Euro mehr dafür aufzubringen, um die absurde Grundstücks- und Stadtentwicklungspolitik auszubügeln. Wir brauchen aber nicht noch mehr Büroräume-Leerstand, wir brauchen vor allem bezahlbare (Sozial-)Wohnungen in Hamburg!

Rothenburgs Potenziale



Thomas Friese erläutert seine Ideen für das Rothenburgsorter Elbufer

Über Rothenburgsort habe ich bereits gelegentlich in den BürgerInnenbriefen informiert, z.B. mit Blick auf die Planungen für den Entenwerder Elbpark, die Wasserkunst Kaltehofe und die Stadtteilinitiative »Hamburgs Wilder Osten«. Kürzlich bat mich nun ein Redakteur der Tageszeitung »Die Welt« um Statements zu diesem Stadtteil und seinen »Entwicklungspotenzialen«. Ein kleiner Teil meiner Stellungnahmen ist in einen Beitrag unter dem Titel »Eine Insel erwacht«, der allerdings die vermeintlich positiven Aspekte von Rothenburgsort in den Vordergrund stellt (Welt-Online vom 30.10.2010), eingeflossen. Ich möchte den LeserInnen des BürgerInnenbriefes die vollständigen Antworten auf die Anfragen des Redakteurs nicht vorenthalten.

Wie beurteilen Sie das Entwicklungspotenzial von Rothenburgsort? Könnte der Stadtteil aufgrund seiner Lage zu einem ebenso stark nachgefragten Wohnort werden wie etwa St. Georg oder St. Pauli? Werden die Mieten im Stadtteil ggfs. steigen?

Rothenburgsort verfügt über ein großes Potenzial, vorrangig wegen der hier vorhandenen Flächen, die größtenteils noch undefiniert sind und eine Entwicklung in verschiedene Richtungen zulassen. Darum wird sicherlich, wie auch in anderen Quartieren rund um die City, in den kommenden Jahren verstärkt gestritten.

Das Entwicklungspotenzial als Wohnstandort ist wegen der vorhandenen Bausubstanz aus den 1960er Jahren und der vergleichsweise geringen Verdichtung nicht mit den innenstadtnahen Altbauvierteln zu vergleichen. Allzu hohe Ansprüche an die Wohnungsgrößen und -schnitte, aber auch an ein quirliges, urbanes Umfeld wird der Stadtteil auch in absehbarer Zeit kaum erfüllen können. Das Einkommen bzw. die Kaufkraft der meisten BewohnerInnen ist und bleibt absehbar niedrig, was in unserer Gesellschaft leider auch mit einem geringen Grad an politischem Einfluss einher geht.

Allerdings hat sich in Rothenburgsort auch eine »Kreativszene« angesiedelt, auch (digitale) Dienstleister mit neuen

Nutzungen und Konzeptionen in alten Räumen. Dies könnte mit einer so genannten Aufwertung einhergehen, wird aber erst dann zum ernsthaften Problem, wenn allzu renditeversessene Investoren und Spekulanten auf der Bühne erscheinen. Diese Tendenzen nehmen spürbar zu. Auch die Stadt hat längst begonnen, den Raum Rothenburgsort neu zu entdecken, wie die Auseinandersetzungen um den ehemaligen Huckepackbahnhof, das viel zu große Kreuzungsbauwerk an den Elbbrücken sowie der Masterplan Elbbrücken und die Studie Kreative Quartiere zeigen.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, Stadtentwicklungspolitik im Interesse und mit der Bewohnerschaft zu betreiben. Gentrifizierung und Verdrängung lehnt DIE LINKE dagegen kategorisch ab, ebenso wie überbordende, dem Viertel übergestülpte Planungen.

Ist eine direkte Brücken-Anbindung an den Ostteil der HafenCity oder eine bessere Anbindung an die City (etwa durch Radwege oder einen Grünzug) wünschenswert?

Wünschenswert ist sicher vieles, wie z.B. der seit langem geplante Alster-Elbe-Grünzug. Auch die vom Oberbaudirektor favorisierte, großzügige Grünzug-Anbindung via östlicher HafenCity (Entenwerder-Kirchenpauerkai-Brücke Baakenhafen-Magdeburger Hafen), wäre schön, dürfte aber bestenfalls eine teure Taube auf einem Dach in ferner Zukunft sein. Für den Stadtteil selbst und auch die Veddel wäre dagegen sehr viel realistischer und wohl auch nützlicher, endlich eine Rad-/Fußweganbindung am nördlichen Ufer des Oberhafens (Elbbrücken-Brandshof-Deichtor) zu schaffen. Diese so genannte OberhafenConnection wurde bereits im Jahre 2000 versprochen. Natürlich wäre es auf Dauer auch wichtig, dass Rothenburgsort direkten Zugang zur ÖPNV-Infrastruktur der HafenCity bekommt.

Welches Potenzial haben der Elbpark Entenwerder und die Insel Kaltehofe als Freizeitziele für alle Hamburger? Haben Sie Vorschläge für konkrete Investitionen im gesamten Stadtteil?

Die angeführten Orte haben natürlich ein großes Potenzial, die im Viertel selbst von den Initiativen als »Sprungbrett in die Vier- und Marschlande« betrachtet werden und umwelt-

freundlich erreichbar wären. Davon abgesehen gibt es so konkrete Visionen wie das Schwimmen in der Elbe, das Erleben der Flusslandschaft, das Entdecken historischer Orte, das Spaziergehen auf den Deichen, das Genießen von Wettern aller Art...

Erste Priorität müsste aber die Grundinstandsetzung des Elbparks sein, nach 14 Jahren des Nichtstuns vielleicht keine allzu überraschende Forderung. Wichtig wäre weiterhin, die Erreichbarkeit des Stadtteils zu verbessern, d.h. vor allem, die Trennwirkung der Billhorner Brückenstraße zu entschärfen. Wichtig wäre für die RothenburgsorterInnen auch, einen offenen Zugang aus dem Elbpark an die Elbe zu ermöglichen, samt Aufenthaltsstreifen am Ufer.

Eine Gefahr sehe ich jedoch in den gegenwärtigen Planungen für die Wasserkunst Kaltehofe. Hier droht durch die Teilöffnung für den Verkehr und verschiedene Anlagen eine tendenzielle Beschädigung dieses einmaligen, geradezu anheimelnd wirkenden Freizeit- und Erholungsgeländes.

Ist aus Ihrer Sicht das 1997 gestartete Programm der integrierten Stadtteilentwicklung erfolgreich verlaufen?

Die Sanierung und Modernisierung der Wohnungen und des Wohnumfelds in der Stresow-Siedlung ist sicherlich als Gewinn zu betrachten. Entsprechende Maßnahmen waren aber auch seit 20 Jahren überfällig. Abgesehen von einigen kleineren Projekten hat das Programm (das Ende 2008 ausgeführt ist) jedoch wenig bewirkt.

Am Marktplatz z.B. entsteht nicht, wie ursprünglich geplant, ein offenes Stadtteilzentrum. Vielmehr können sich hier Investoren austoben, ganz nach dem Motto »egal wie, Hauptsache, es geschieht überhaupt etwas«.

Symptomatisch ist auch die Schließung des Hauses der Jugend wegen Baufälligkeit Mitte Mai dieses Jahres. Dass hier ein Neubau dringend Not tat, war auch 1997 schon bekannt. Getan hatte sich seitdem aber nichts. Ähnliches gilt für viele andere Infrastrukturbereiche, für Straßen, Wege, Radwege, für Spielplätze, Sportplätze und Kitas. Eine gute, wirklich strategische Stadtteilentwicklungsplanung steht nach wie vor aus.

Schulverbesserer-Parade am 5. Juni

Machen Sie Ihr Kreuz an der richtigen Stelle!

Geben Sie Hamburgs Kindern die Chance auf eine bessere Zukunft und wählen Sie für Primarschulen, die nicht nur GUTEN, sondern auch GUTEN und GUTEN und FÜR die BürgerInnenbestimmungen zur Primarschule!

Stimmrecht von Volksschüler*innen ab 10 Jahren ab 1. September 2010

Stimmen Sie ab! oder per Briefwahl? ab

JA NEIN

Stimmen Sie ab! oder per Briefwahl? ab

JA NEIN

Sag JA zur Primarschule!

DIE SCHULVERBESSERER

www.schulverbesserer.de

Bei der »Schulverbessererparade« versammeln sich die Hamburgerinnen und Hamburger, die sich von rückwärtsgerichteter Propaganda nicht abschrecken lassen und bessere Schulen für ihre Kinder, Enkel, Nefen und Nichten wollen. Geplant ist eine große, bunte, fröhliche Parade und Demonstration mit abschließender Kundgebung. Mit phantasievoll geschmückten Wagen vom Tiefclader über die Hummelbahn zu Bobbycars wird das JA zur Primarschule demonstriert.

Ob mit oder ohne Transparent, Fahne, Schmuck – demonstrieren Sie mit zum Rathausmarkt. Dort reden unter anderen Corny Littmann und Jobst Fiedler (Auftritt auf der Moorweide um 12:00 Uhr; Schlusskundgebung auf dem Rathausmarkt 15:30 Uhr)

Die Primarschule muss kommen!



»St. Georger für die Primarschule« an der Litfaßsäule

Inzwischen ist die Kampagne zur Unterstützung der Schulreform, speziell der Primarschule, angelaufen. Auch wenn dieses Ziel von allen im Rathaus vertretenen Parteien anerkannt wird, machen sich doch Unterschiede im Herangehen bemerkbar. Mit seiner Politik, Geld für die Schulreform bereitzustellen und gleichzeitig u.a. im Kita-Bereich drastische Einschnitte vorzunehmen, verhält sich der Senat völlig widersinnig (siehe dazu ausführlich meinen Beitrag »Notwendige Gelder für die Bildung« unter <http://www.linksfraktion-hamburg.de/nc/presse/pressemitteilungen/detail/zurueck/joachim-bischoff-2/artikel/notwendige-gelder-fuer-die-bildung/>).

Die CDU unterstützt die Plakataktion der »Schulverbesserer« und Bürgermeister Ole von Beust sowie einzelne Abgeordnete gehen dafür zwar in die Bütt, aber ansonsten ist nur allzu deutlich die Distanz großer Teile der Partei zu spüren. Die GAL-Schulsenatorin geht nicht immer ganz geschickt vor, hinzu kommt die verbreitete Unzufriedenheit über die aktuelle Schulwirklichkeit – auch von durchaus aufgeschlossenen Eltern vorgetragen. Die SPD fährt ihren eigenen Kurs und beteiligt sich nicht an der Schulverbesserer-Kampagne – die SPD-Führung ist über die Rolle der Gymnasien gespalten (siehe den Übertritt mehrerer führender SPD-Bildungspolitikerinnen zur LINKEN).

Und DIE LINKE selbst? Sie ist in den Stadtteilen bemüht, mit Plakaten und Veranstaltungen an die Öffentlichkeit zu gehen und für die Primarschule als einen ersten Schritt, mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit auf den Weg zu bringen, zu werben.

In St. Georg hat sich bereits vor einigen Wochen eine Schulreform-Initiative aus Eltern, LehrerInnen und StadtteilaktivistInnen gegründet; auch Mitglieder der LINKEN sind aktiv beteiligt. Seit Anfang Mai organisiert die Initiative dreimal pro Woche Infotische im Viertel und es werden Unterzeichner-

Innen und SpenderInnen für eine größere MOPO-Anzeige gesammelt. Entstanden ist ein vierseitiger Aufruf »St. Georg für die Primarschule! Primarschule für St. Georg!«, der bei einer Kundgebung auf dem Carl-von-Ossietzky-Platz verteilt und an der dortigen »Ersten Kommunalen Litfaßsäule Hamburgs« angebracht wurde. Insgesamt 28 Persönlichkeiten erklären in dem Papier, warum sie für das gemeinsame Lernen in den ersten sechs Klassen sind. Neben den KünstlerInnen Lisa Politt und Rolf Becker, den Elternratsmitgliedern Lucia Tilmes (Klosterschule), Johannes Landwehr (Heinrich-Wolgast-Schule) und Thomas Leyboldt (Katholische Schule St. Marien), Kita-Mitarbeiterinnen wie Sabine Skalla und Kerstin Timme-Schüler (Kita KoppelKinder), ganzen Familien, der Hochschulprofessorin Prof. Sabine Stövesand und dem Arzt Eckhard Franzki, der Schulleiterin Petra Demmin und den LehrerInnen Susanne Rautenberg und Carsten Beleites (alle drei Heinrich-Wolgast-Schule) haben auch die Bürgerschaftskollegen Wolfgang Rose (SPD, ver.di-Chef) und Farid Müller (GAL) und ich den Aufruf unterschrieben (siehe auch www.einwohnerverein-stgeorg.de).

Stichtag für den Volksentscheid ist der 18. Juli, an dem in zahlreichen Wahllokalen jede/r sein/ihr Votum abgeben kann; bereits jetzt kann man per Briefwahl abstimmen (die Unterlagen sind bereits verschickt worden). Am Samstag, den 5. Juni findet die Schulverbesserer-Parade unter dem Motto »Für längeres gemeinsames Lernen in der Primarschule« statt (Auftritt: 12:00 Uhr auf der Moorweide, Abschlusskundgebung: 15:30 auf dem Rathausmarkt). DIE LINKE in Hamburg ruft zu dieser Demonstration zur Unterstützung der Schulreform auf! Weitere Informationen gibt es auf der Homepage der Bürgerschaftsfraktion unter www.linksfraktion-hamburg.de oder auch auf der gemeinsam getragenen Website www.dieschulverbesserer.de.

Sport für Viele statt Events für Wenige!

Am 4. Mai 2010 kündigte der Senat an, im laufenden Jahr wiederum (nunmehr zum vierten Mal) 400.000 Euro »zur Sicherung des Derbys« in Horn vom 10. bis 18. Juli sowie 200.000 Euro (auch zum wiederholten Male) für die German Open Hamburg auf den Tennisplätzen am Rothenbaum vom 17. bis 25. Juli zur Verfügung zu stellen. Die dafür erforderlichen Mittel in Höhe von 600.000 Euro sollen ausgerechnet aus dem Topf »Bau und Instandsetzung von Sportstätten (Garten- und Landschaftsbau und Tiefbau)« abgezweckt werden. Dieser war allerdings im Rahmen der »Sanierungsoffensive Sportstätten« gerade erst auf 3,819 Mio. Euro angehoben worden, nun droht das Zusammenstreichen auf 3,219 Mio. Euro. Dies, obwohl der seit Jahren angehäuften Sanierungsstau von den hamburgischen Verbänden und Bezirken mit mindestens 32 Mio. Euro beziffert wird.

Proteste aus dem Hamburger Sportbund und einigen von der Kürzung betroffenen Vereinen unterstreichen, dass der Senat in der Sportförderung abermals die falschen Akzente setzt. Die »Arbeitsgemeinschaft der Sportvereine des Bezirks Wandsbek« verlieh am 19. Mai ihrem Ärger mit deutlichen Worten Ausdruck: »Das ohnehin geringe Budget für die Sportstätten ist kein Refinanzierungspool für die Hamburg-Werbung oder andere Senatsprojekte.« Auch der Präsident des »Hamburger Sportbundes«, Günter Ploß, sprach sich in einem Protestschreiben ebenso nachhaltig gegen »die Refinanzierung der in der Senatsdrucksache so bezeichneten »imagestaltenden Events mit internationaler Strahlkraft« aus.

Auf der Sitzung des Sportausschusses am 25. Mai stand als einziger Tagesordnungspunkt dieser Senatsbeschluss auf der Tagesordnung. Dass sich der Senat und die ihn tragenden Parteien CDU und GAL bzw. ihre sportpolitischen Sprecher Wolfhard Ploog und Horst Becker dafür »warm anziehen« mussten, war nur allzu offensichtlich. Zur allgemeinen Überraschung wurde die Zusammenkunft mit der Ankündigung eröffnet, dass die CDU- und GAL-Vertreter den Punkt von der Tagesordnung nehmen würden, da es noch Klärungsbedarf mit der zuständigen Sportbehörde unter Senatorin Karin v. Welck gäbe. Man wolle noch einmal prüfen, ob die 600.000 Euro nicht aus einem anderen Haushaltstitel entnommen werden könnten... Das »Hamburger Abendblatt« hat diese vermeintliche Wendung vorschnell in ihrer Ausgabe vom 26. Mai als »Etappensieg für Sportvereine« bezeichnet, denn tags darauf musste sie titeln: »Sportvereine müssen weiter um die Sanierung ihrer Anlagen bangen.«

Das Thema wird erneut auf die Tagesordnung des Sportausschusses gesetzt und anschließend in der Bürgerschaft debattiert. Meine und die Haltung der LINKEN ist klar: Eine Verschiebung weiterer öffentlicher Mittel vom Breitensport hin zum Event-, Kommerz- und Wettsport kommt nicht in Frage! Es muss vielmehr darum gehen, den Breitensport in Hamburg – vorrangig die Sport-, Schwimm- und Spielstätten – besser zu fördern und auszubauen. Doch der Senat scheint daran festhalten zu wollen, einen Teil der Mittel für die überfällige Sportstättensanierung »umzuwidmen«.

Dessen groteske »Sportpolitik« zeigt sich noch in einem ganz anderen, erheblich finanzintensiveren Bereich: Unverdrossen wird weiter für gut 30 Mio. Euro in Horn eine Kombibahn für Galopper und Traber geplant. Weil man den notwendigen privaten Investor und Betreiber für die seit Jahren angestrebte Doppelrennbahn nicht findet und sich deren Realisierung damit erneut um wenigstens ein Jahr nach hinten (auf Mitte 2013) verschiebt, wurden kürzlich mal eben 1,5 Mio. Euro in die eigentlich aufzugebende Trabrennbahn in Bahrenfeld gesteckt.

Der Senat sollte anstelle solchen Unsinns endlich seine Hausaufgaben halbwegs ordentlich machen. Dazu gehört, Hunderttausenden aktiv Sporttreibenden in Hamburg kostenfrei vernünftige, saubere und sichere Sportplätze und -hallen zur Verfügung zu stellen.

Die vorgesehenen 30 Mio. Euro für die Doppelrennbahn in Horn sollten in die beschleunigte Sanierung der hamburgischen Sportstätten und die Generalüberholung der Horner Rennbahn als Freizeitpark für die umliegende Bevölkerung gesteckt werden.



**Begrabt die
Doppelrennbahn an der
Kehre des Geläufs!**

DIE LINKE zum Ausbau
der Horner Rennbahn

Joachim Bischoff/Michael Joho

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Zu diesem Thema haben Michael Joho und ich – im Anschluss an die sportpolitischen Eckpunkte, die die Fraktion DIE LINKE im Oktober 2009 herausgegeben hat – die Broschüre »Begrabt die Doppelrennbahn an der Kehre des Geläufs!« erarbeitet. Sie fasst unsere kritische Haltung zur Kombibahn in Horn zusammen, hat einen Umfang von 20 Seiten und kann ab der kommenden Woche kostenfrei bezogen oder über www.linksfraktion-hamburg.de heruntergeladen werden. In ihrem Vorwort schreibt darin Sandra Clemens, Abgeordnete der LINKEN in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte und sportpolitische Sprecherin der Bezirksfraktion: »Wir bleiben dabei: Wir wollen kein Millionengrab in Horn, stattdessen ein Bürgerbeteiligungsverfahren, bei dem Alternativen zur Doppelrennbahn entwickelt werden!«

HSH Nordbank im Visier der Staatsanwaltschaft



Ende Mai 2010 haben sechs Staatsanwälte sowie 60 Polizeibeamte die HSH in Hamburg und Kiel sowie fünf Privatwohnungen von Vorständen durchsucht. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Dirk Jens Nonnenmacher, Bernhard Visker und vier ehemalige Vorstandsmitglieder der HSH Nordbank wegen des Verdachts der Untreue und der Bilanzfälschung. Laut Durchsuchungsbeschluss ging es bei der Razzia um das riskante Kreislaufgeschäft »Omega 55«, das zusammen mit »Omega 52« der Bank vorübergehend Verluste in Höhe von 517 Millionen Euro bescherte. Für einen Restwert von 300 Millionen Euro konnte die Bank die Papiere schließlich abstoßen.

Die Bank soll im Geschäftsbericht für das erste Quartal 2008 einen Überschuss von 81 Mio. Euro ausgewiesen haben, obwohl tatsächlich 31 Mio. Euro Verlust angefallen seien: Es gehe um »unvertretbare Buchungen«. Nonnenmacher war zu dieser Zeit Finanzvorstand der Bank. Bei den Durchsuchungen wird nach Beweisen für die bewusste Fälschung des Ergebnisses im ersten Quartal 2008 gesucht. Dieser Nachweis für eine bewusste Falschdarstellung im ersten Quartal 2008 ist insofern von Belang, weil die Eigentümer der Bank (Schleswig-Holstein, Hamburg, eine private Investorengruppe um Flowers und einige Sparkassen) zu jenem Zeitpunkt eine Kapitalerhöhung von zwei Milliarden Euro getragen haben. Wäre die Bank im ersten Halbjahr 2008 bereits erkennbar von der Finanzmarktkrise erfasst worden, wäre der Widerstand gegen die Kapitalerhöhung weit heftiger ausgefallen.

Neben dem Verdacht auf Bilanzfälschung wird auch wegen des Verdachts der schweren Untreue gegen vier ehemalige und zwei aktuelle Vorstandsmitglieder ermittelt, darunter ebenfalls Nonnenmacher. Die Staatsanwaltschaft hat die

Vermutung, dass Geschäfte wie Omega und St. Pankras von vornherein nur darauf angelegt waren, die Bilanz zu schönen und dann aufgelöst bzw. rückabgewickelt zu werden. Nonnenmacher, der die Geschäfte zum Teil mit abgezeichnet hatte, hat den Vorwurf stets zurückgewiesen.

Die Anwaltskanzlei Freshfield hatte in einem Gutachten bestätigt, dass Nonnenmacher im Unterschied zu anderen Vorstandsmitgliedern keine Pflichtverletzung vorzuhalten sei. Der rechtlichen Würdigung der Kanzlei Freshfields, dass das Verhalten von Herrn Nonnenmacher mit den Pflichten eines sorgfältigen Kaufmanns vereinbar war, »schließen wir uns nicht an«, unterstreicht die Staatsanwaltschaft Hamburg. Schlussfolgerung: Der Anfangsverdacht, dass Straftaten begangen wurden, habe sich verfestigt.

Die Bewertung des Freshfield-Gutachtens ist auch ein entscheidender Punkt im parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Der für das Gutachten verantwortliche Vertreter der Kanzlei, Dr. Emde, wurde in zwei Sitzungen eingehend befragt. Die Gutachter von Freshfields kommen zu der gleichen Einschätzung wie die KPMG-Wirtschaftsprüfer für das Geschäftsjahr 2008, dass die zahlreichen und unleugbaren Schwächen der Organisation der HSH Nordbank und insbesondere ihres Risikomanagements das Finanzinstitut in der schweren Finanzkrise im Herbst 2008 an den Rand der Handlungsfähigkeit gebracht haben. Die Schwere der Finanzmarktkrise hat aufgedeckt, dass die HSH Nordbank ihre eigene Vermögens- und Ertragslage allenfalls überschlägig einschätzen konnte. Sie war erst im nachfolgenden Jahr wieder handlungsfähig. Diese Einschätzung steht in einem Sondergutachten der Bundesbank aus dem Sommer 2007. Schon 2007 wurden gewichtige und einfache Mängel festgestellt, sodass es

sich insgesamt um ein nicht zufriedenstellendes Prüfungsergebnis handelt. Durch die Wirtschaftsprüfer von KPMG wurden gleichfalls über 300 Punkte in der Geschäftsorganisation als unzureichend moniert. Im Klartext: Die Bank war vor dem Ausbruch der internationalen Finanzkrise schlecht aufgestellt. Die massiven Verluste in den anschließenden Jahren können nicht einfach der großen Krise zugeschrieben werden, sondern haben auch mit Pflichtverletzungen der leitenden Bankmanager zu tun.

Freshfields führt in seinem Gutachten drei Vorgänge an, die belegen, dass Vorstand und Aufsichtsrat schon vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise in den Verdacht möglicher Pflichtverstöße gerückt werden.

Erstens: Die Bündelung wesentlicher Teile des Kreditersatzgeschäfts auf eine Tochtergesellschaft in den Jahren 2004 und 2005 sei ein handstreichartiger Vorgang gewesen, der ohne angemessene Vorbereitung vom Vorstand beschlossen wurde und auch in der Durchführung gravierende Mängel aufgewiesen hätte. Bankintern wurde also bereits vor den Risiken des Kreditersatzgeschäfts und den Gefahren hoch strukturierter Wertpapiere gewarnt und als Beleg wurden die negativen Erfahrungen aus zweien solcher Kreditgeschäfte angeführt. Dabei handelte es sich um größere Geschäfte in hoch strukturierten Wertpapieren, die vor der Fusion getätigt wurden und die die HSH Nordbank nie unter Kontrolle bekam. Die Bündelung dieser Geschäfte in Luxemburg und London hatte auch den Hintergrund, die bankinternen Bedenken zu umgehen.

Zweitens: Die Bündelung des Kreditersatzgeschäfts an zwei Standorten und die strukturellen Schwächen des Risikomanagements führten dazu, dass sich der Bereich des Kreditersatzgeschäfts über längere Zeiträume dem kontrollierenden Gegengewicht des Marktfolgebereichs entziehen konnte und dafür sorgte, dass sich ein fruchtbarer Nährboden für falsche, hoch risikobehaftete und letztlich verlustreiche Sachentscheidungen herausbildete.

Drittens: Ende 2007, als der Ausbruch der Finanzmarktkrise sich überall abzeichnete, musste die Bank auf fragwürdige Entlastungstransaktionen (Verbriefungen und synthetische Absicherungen) von Portfolien von ca. 17 Milliarden Euro zurückgreifen. Die Bank hatte zu hohes Risikopotenzial aufgebaut, und die Möglichkeit einer fundamentalen negativen Zukunftsentwicklung wurde nie ernsthaft in Betracht gezogen. Die Bank setzte auf bedingungslose Expansion und vernachlässigte die mögliche negative Gesamtmarktentwicklung in der Risikosteuerung. Deshalb waren diese Verbriefungs- und Auslagerungstransaktionen teuer und verlustreich.

Mittlerweile ist vom derzeitigen Vorstand der HSH Nordbank auf Drängen der Landesregierungen ein weiteres Gutachten in Auftrag gegeben worden, das eine Überprüfung des Freshfields-Gutachten erbringen wird. Eigentlich hatten die Hamburger Grünen auf einem kleinen Parteitag beschlossen, dass in der HSH Nordbank eine aktienrechtliche Sonderprüfung durchgeführt werden solle. Von einer Sonderprüfung, in der alle Geschäftsbereiche untersucht werden, könne man eine Aufklärung über den Sinn der so genannten Kreislauf-

geschäfte und die Klärung der Verantwortlichkeiten für die eklatanten Mängel in der Geschäftsorganisation erwarten. Eine solche Sonderprüfung kann aber nicht auf den Weg gebracht werden, weil sich in Hamburg die CDU und in Kiel die schwarz-gelbe Koalition einer konsequenten Untersuchung widersetzen. Da sich angesichts der politischen Kräfteverhältnisse eine Sonderprüfung nicht durchsetzen lässt, ist als kleiner Kompromiss nur die Überprüfung des Freshfields-Gutachtens durch einen hochrangigen juristischen Gutachter herausgekommen.

Zugegeben, es ist schon eine komplizierte Gemengelage bei der HSH Nordbank:

- Der Aufsichtsrat beauftragt eine Rechanwaltskanzlei mit der Prüfung von Pflichtverletzungen. Ein Teil der Vorstandsmitglieder wird entlassen und soll mit anderen zu Regressansprüchen herangezogen werden. Die »Entlastung« der Vorstandsvorsitzenden Berger und Nonnenmacher ist allerdings so wenig nachvollziehbar wie die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates.
- Weil dieses Gutachten erkennbar auf eine Entlastung des Vorstandsvorsitzenden und von Aufsichtsräten hinausläuft, wird ein weiteres Gutachten über die Tragfähigkeit der juristischen Argumentation bestellt.
- Die Staatsanwaltschaft untersucht wegen der Strafanzeigen des Rechtsanwalts Gerhard Strate gleichfalls die Verantwortlichkeiten für erkennbare Fehlentwicklungen und geht dem Verdacht von Rechts- und Pflichtverstößen nach.
- Die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse in Kiel und Hamburg haben neben der Aufklärung von all diesen Pflichtverletzungen der handelnden Personen zu klären, ob nicht führende Politiker auch bewusst die Täuschung und Irreführung des Öffentlichkeit mitgemacht haben, um weitere öffentliche Finanzmittel für die Bank bewilligt zu erhalten. Schließlich sollen die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse Vorschläge unterbreiten, um eine künftige Wiederholung einer solchen Vergeudung von öffentlichen Mitteln zu unterbinden.

Es grenzt an politische Heuchelei, wenn die Hamburger Grünen zur HSH-Durchsuchung erklären: »Wir Grüne begrüßen ausdrücklich die Durchsuchung der HSH Nordbank durch die Staatsanwaltschaft. Es muss dringend aufgeklärt werden, was bei der Bank wirklich vor sich gegangen ist. Wir setzen darauf, dass die Staatsanwaltschaft endlich Licht ins Dunkel der Landesbank bringt, da der Parlamentarische Untersuchungsausschuss an die Grenzen seiner Möglichkeiten gestoßen ist.«

Selbstverständlich ist zu wünschen, dass die Staatsanwaltschaft Licht ins Dunkel bringt. Licht ins Dunkel könnte vor allem durch eine Sonderprüfung in der Bank gebracht werden. Da aus durchsichtigem Machtinteressen eine solch umfassende mögliche Aufklärung nicht durchgesetzt werden kann, sind Staatsanwaltschaft und die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse die verbleibenden Ebenen, um eine völlige Vertuschung zu verhindern.

Kulturtipps: Kanalfahrt, Spaziergang, Lesung



Hamburger NS-Geschichte vom Wasser aus: Was passierte im Stadtpark?

Am Sonntag, den 6. Juni, veranstaltet die KZ-Gedenkstätte Neuengamme die in diesem Jahr nur einmal durchgeführte »Alternative Alsterkanalfahrt«, während der nahezu unbekannte Aspekte der hamburgischen NS-Geschichte von Wasserseite aus veranschaulicht werden. Treffpunkt ist um 15:00 Uhr der Alsteranleger Jungfernstieg (nur mit Voranmeldung unter Tel. 428 131 527; Teilnahmegebühr: 12 Euro; mehr Infos: www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de).

Einen Literarischen Spaziergang zum »Ohlsdorfer Friedhof 1933-1945« unternehmen ebenfalls am 6. Juni Herbert Diercks und Michael Grill, Treffpunkt ist um 10:00 Uhr die U-/S-Bahn-Station Ohlsdorf, Ausgang Fuhsbütteler Straße. Während des von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und der Geschichtswerkstatt Willi-Bredel-Gesellschaft durchgeführten Rundgangs wird an den Gräbern von Hamburger KünstlerInnen (u.a. Ida Ehre, Wolfgang Borchert und Friedrich Wield) über deren oft dornenreichen Weg in der NS-Zeit berichtet. Eine gute Möglichkeit, Europas größtem Parkfriedhof neue und spannende Seiten abzugewinnen (Teilnahmege-

bühr: 5 Euro, ermäßigt 3 Euro, eine Anmeldung ist nicht erforderlich).

Am Montag, dem 7. Juni, 19 Uhr, stellt das Julius-Leber-Forum (Rathausmarkt 5) eine neue Karl-Marx-Biografie »Die Geister, die er rief« von Rolf Hosfeld vor. Ich bin gespannt, was das sozialdemokratische Bildungswerk an neuen Erkenntnis über den Altmeister anzubieten hat (Anmeldung unter Tel. 32 58 740).

Für Kurzentschlossene: Am Montag, dem 31. Mai, findet im Politbüro am Steindamm 45, 20:00 Uhr, eine szenische Lesung aus Kevin Vennemanns Werk »Nahe Jedeneu« statt, in dem es um das nach dem deutschen Einmarsch im Frühsommer 1941 plötzlich zusammenbrechende Miteinander zwischen katholischen und jüdischen BewohnerInnen in einem polnischen Dorf geht. Die Lesung wird bestritten von Pheline Roggan, Yuri Becker, Robert Stadlober, Oliver Törner, Rainer Schmitt, Wolfgang Hartmann und Stephan Schad (Eintritt 15 Euro, ermäßigt 10 Euro).

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**